

Ängste in der Flüchtlingskrise

Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativbefragung

Erhebungszeitraum: 4. bis 25. November 2015

sociotrend GmbH
Gesellschaft für Sozialforschung,
Methodenentwicklung und Statistik

Panoramastraße 89
D-69126 Heidelberg
Deutschland

info@sociotrend.com

www.sociotrend.com

Gliederung:

Die Studie	2
Die Methode	3
Teil 1: Politische Einstellung	4
Teil 2: Ängste und Sorgen	11
Teil 3: Flüchtlingspolitik und Wahlabsicht	16
Weitere Ergebnisse der Studie in Kurzfassung	22
Fazit	23

Die Studie

- Diese Studie wurde als **Eigenstudie** durchgeführt und selbst voll finanziert. Es gibt keine weiteren Auftraggeber, Sponsoren oder Geldgeber.
- Mit dieser Studie werden keinerlei politischen Ziele oder Absichten verfolgt. Sie wurde nach rein sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten konzipiert und mit der für solche Studien üblichen sozialwissenschaftlichen Methodik durchgeführt und ausgewertet.
- Zwei große inhaltliche Fragestellungen liegen dieser Studie zugrunde:
 - Zum einen sollen die Teilnehmer einige jener Fragen beantworten, die in den diversen Meinungsumfragen der letzten Monate immer wieder gestellt wurden (z.B. „Wie viele Flüchtlinge soll Deutschland aufnehmen?“, „Sind Sie mit Frau Merkel der Meinung, dass wir es in der Flüchtlingsfrage schaffen werden?“ etc.). Diese Fragen dienen der Vergleichbarkeit der Ergebnisse und ermöglichen es, Veränderungen über die Zeit zu messen.
 - Neben der politischen Einstellungsmessung im engeren Sinne sollte diese Studie aber auch einen Einblick in die Gefühlswelt der Befragten ermöglichen. Hierbei haben wir nach Sorgen und Ängsten im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik gefragt. Eine zentrale Hypothese war, dass unterhalb der manifesten politischen Meinung ein weit verbreitetes, diffuses Unbehagen vorhanden ist, das nicht immer offen zum Ausdruck gebracht wird.

Die Methode

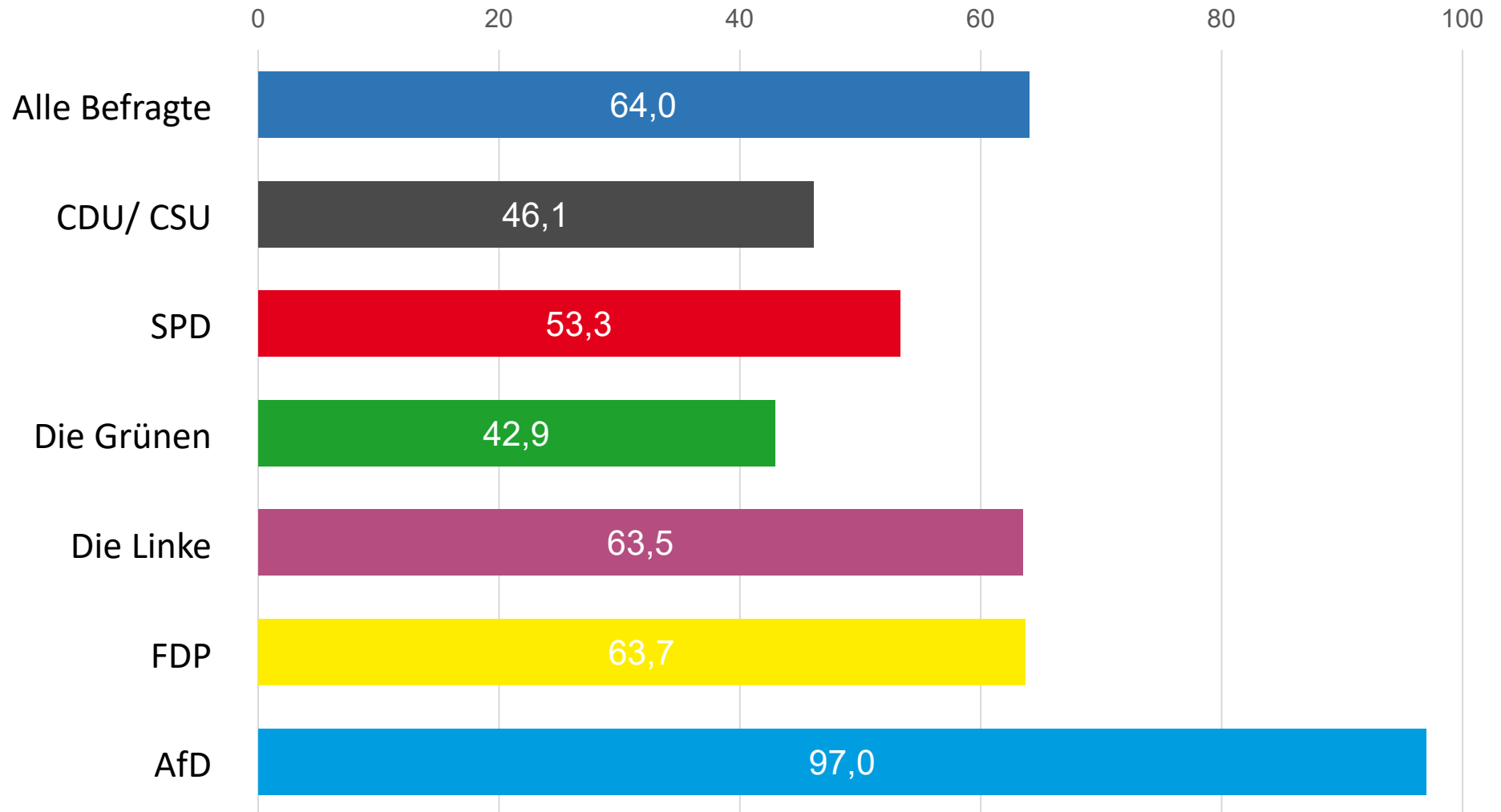
- Um eine gute Repräsentativität der Ergebnisse zu erzielen, war die Studie ursprünglich auf eine Fallzahl (=Stichprobengröße) von $n=2.000$ angelegt.
- Am Abend des 13. Novembers 2015 ereigneten sich in Paris die verheerenden Anschläge. Zu diesem Zeitpunkt hatten schon etwa 1.700 Personen an der Befragung teilgenommen. Da ein Einfluss der Ereignisse auf die Ergebnisse nicht ausgeschlossen werden konnte, wurde die Stichprobengröße kurzfristig um $n=1.000$ erhöht und die Feldzeit verlängert.
- Dadurch wurde es möglich, den Einfluss der Anschläge von Paris auf die Einstellung sowie die Ängste und Sorgen der Befragten zu erfassen.
- Die endgültige Stichprobe beträgt $n=3.006$ ($n=1.699$ vor und $n=1.307$ nach den Anschlägen von Paris). Die statistische Fehlertoleranz liegt bei ca. 2,5% (Schwankungsbreite). Der Erhebungszeitraum lag zwischen dem 4. und dem 25. November 2015.
- Die Befragung wurde in einem Onlinepanel durchgeführt und bevölkerungsrepräsentativ gewichtet. Hierbei wurden auch die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der Offline- und der Onlinepopulation berücksichtigt und so weit wie möglich korrigiert.
- Die Entscheidung zugunsten eines Onlinepanels war maßgeblich dadurch begründet, dass Interviewer Einflüsse auf die Antworten der Befragten befürchtet wurden. Da gerade „Political Correctness“ und Soziale Erwünschtheit als maßgebliche Treiber erwartet wurden, sollten soziale Einflüsse auf die Befragten so weit wie möglich vermieden werden. Das wäre bei einer telefonischen oder gar persönlichen Befragung der Teilnehmer nicht gewährleistet gewesen. Dafür wurde in Kauf genommen, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen Zugang zum Internet haben bzw. in einem Onlinepanel unterschiedlich stark vertreten sind.
- Die durchschnittliche Befragungsdauer lag bei 5,5 Minuten.
- Neben den drei inhaltlichen Frageblöcken (siehe S.2) wurde eine ausführliche Soziodemographie abgefragt. Erhoben wurden zudem die Religionszugehörigkeit und der Migrationshintergrund. Eine Skala zur Messung der Sozialen Erwünschtheit wurde angefügt, um diese Effekte ggf. kontrollieren zu können.

Teil 1: Politische Einstellung

- Folgende Fragestellungen wurden im ersten Teil der Studie behandelt:
 - Wie sehr stimmen die Befragten der zentralen Aussage der Bundeskanzlerin zur Flüchtlingsproblematik zu: „Wir schaffen das!“?
 - Wie bewerten sie die Arbeit von Frau Merkel hinsichtlich der Flüchtlingskrise?
 - Was denken die Befragten bezüglich der weiteren Aufnahme von Flüchtlingen/ Asylbewerbern? Sollten mehr oder weniger oder gleich viele wie bisher aufgenommen werden?
 - Welche Gründe werden als legitim angesehen, um in Deutschland aufgenommen zu werden?
 - Inwieweit haben die Befragten bereits Flüchtlingen geholfen bzw. wären bereit, dies in Zukunft zu tun?

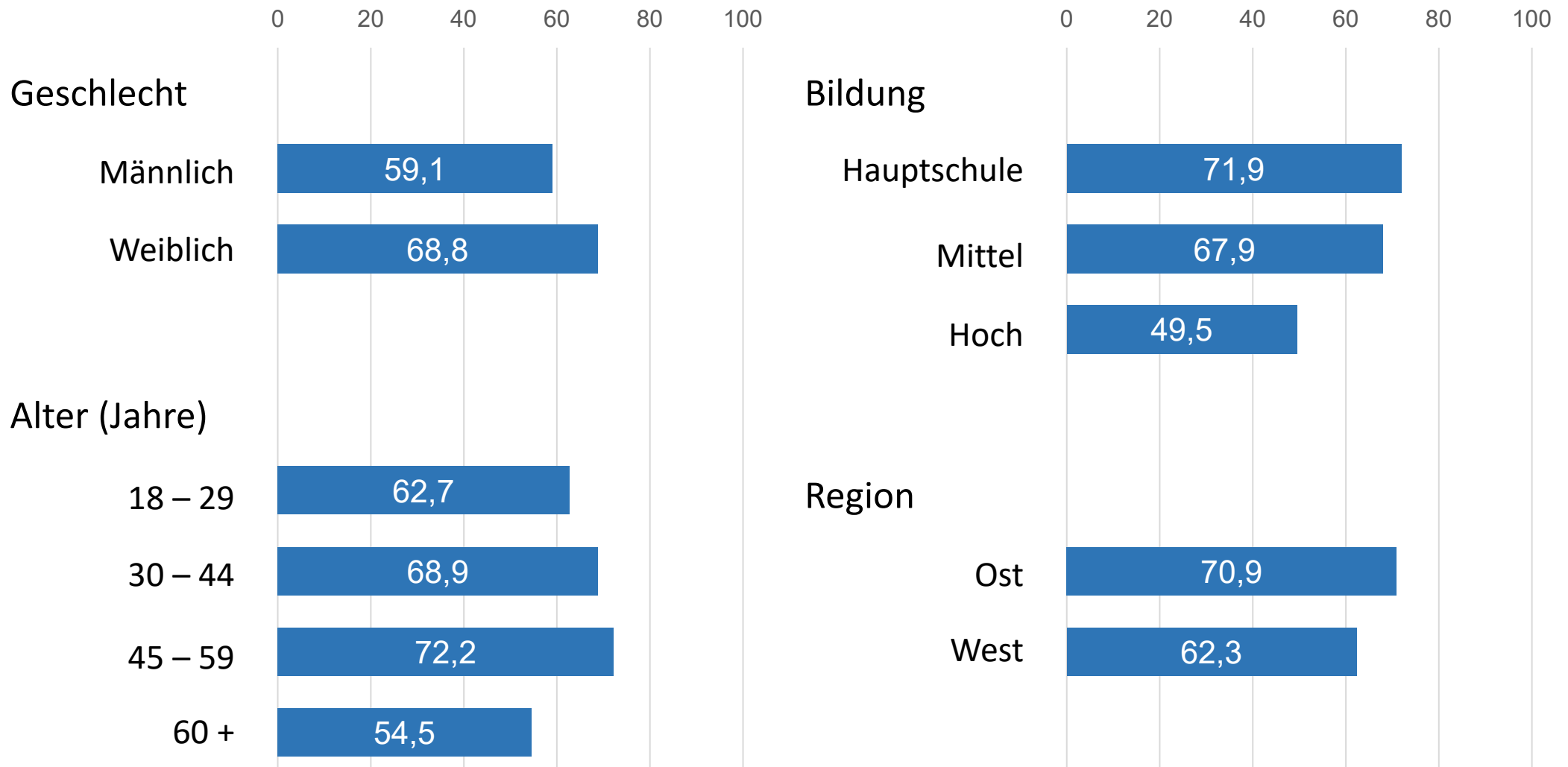
Zwei Drittel der Befragten sind der Meinung „Wir schaffen das nicht!“

„Angela Merkel sagt zur Flüchtlingskrise immer wieder 'Wir schaffen das!'
Stimmen Sie der Bundeskanzlerin zu oder nicht?“ – ‚Nein‘



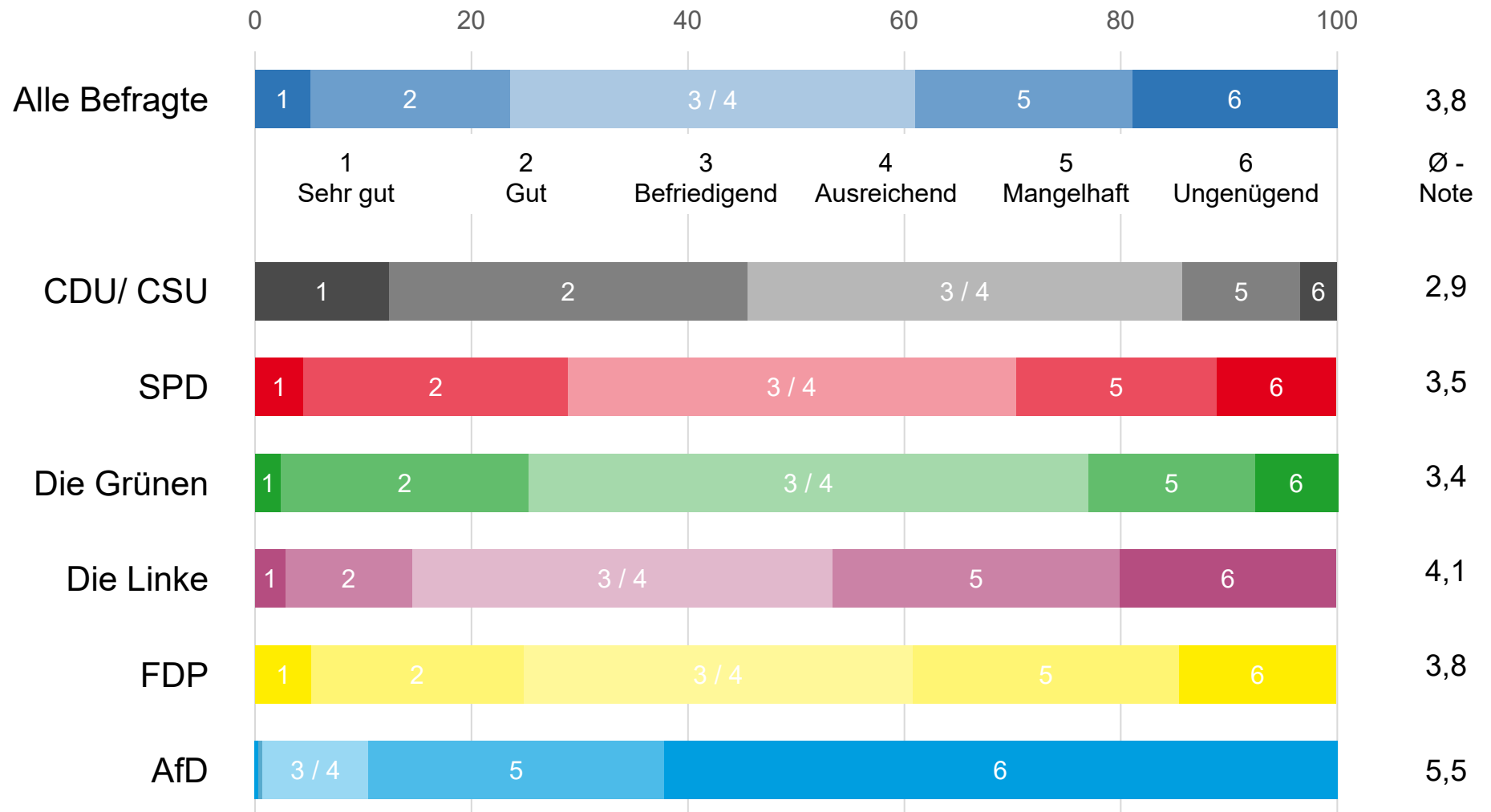
Frauen, niedrig Gebildete und Befragte im Osten sind besonders skeptisch

„Angela Merkel sagt zur Flüchtlingskrise immer wieder 'Wir schaffen das!'
Stimmen Sie der Bundeskanzlerin zu oder nicht?“ – ‚Nein‘



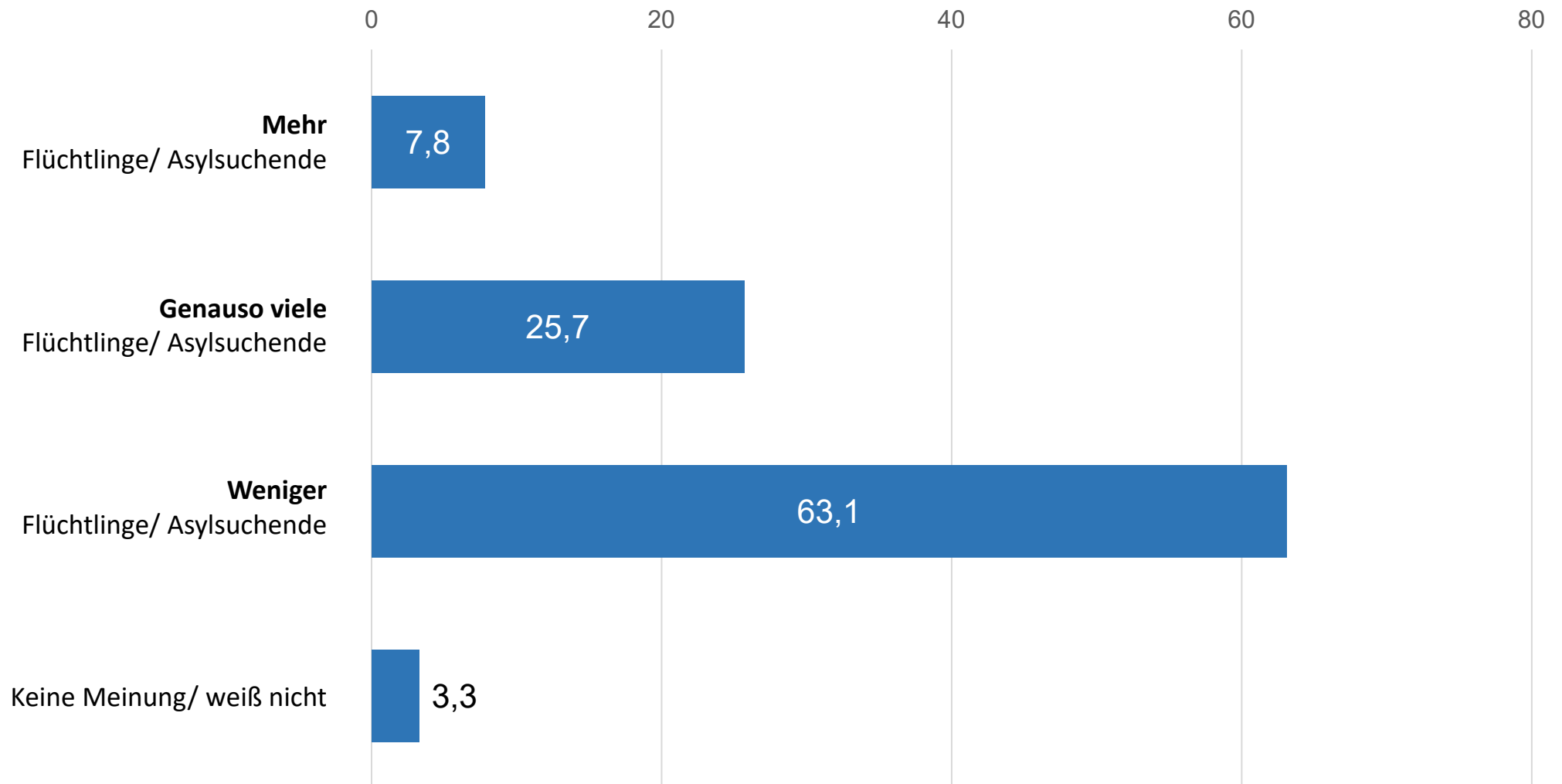
Schlechte Noten für Frau Merkel – Auch von der eigenen Partei

„Wenn Sie an die Arbeit der Bundeskanzlerin, Frau Merkel, in der Flüchtlingskrise denken. Wie gut macht sie ihre Sache?“



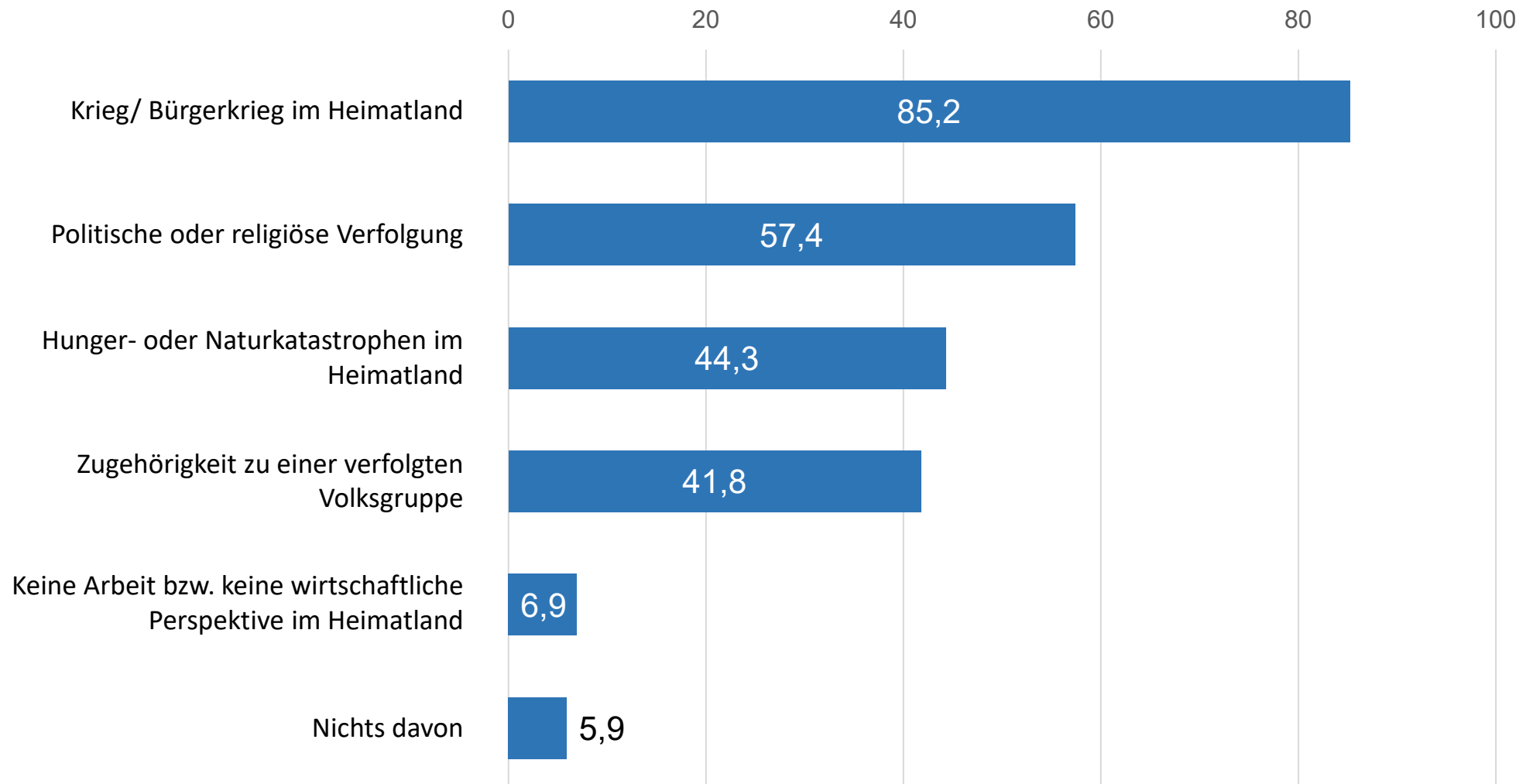
Die Bereitschaft, (mehr) Flüchtlinge aufzunehmen sinkt

„Was meinen Sie, sollte Deutschland mehr oder weniger Flüchtlinge/ Asylsuchende aufnehmen als zurzeit?“



Krieg und Verfolgung sind für die meisten Befragten legitime Gründe für eine Aufnahme in Deutschland

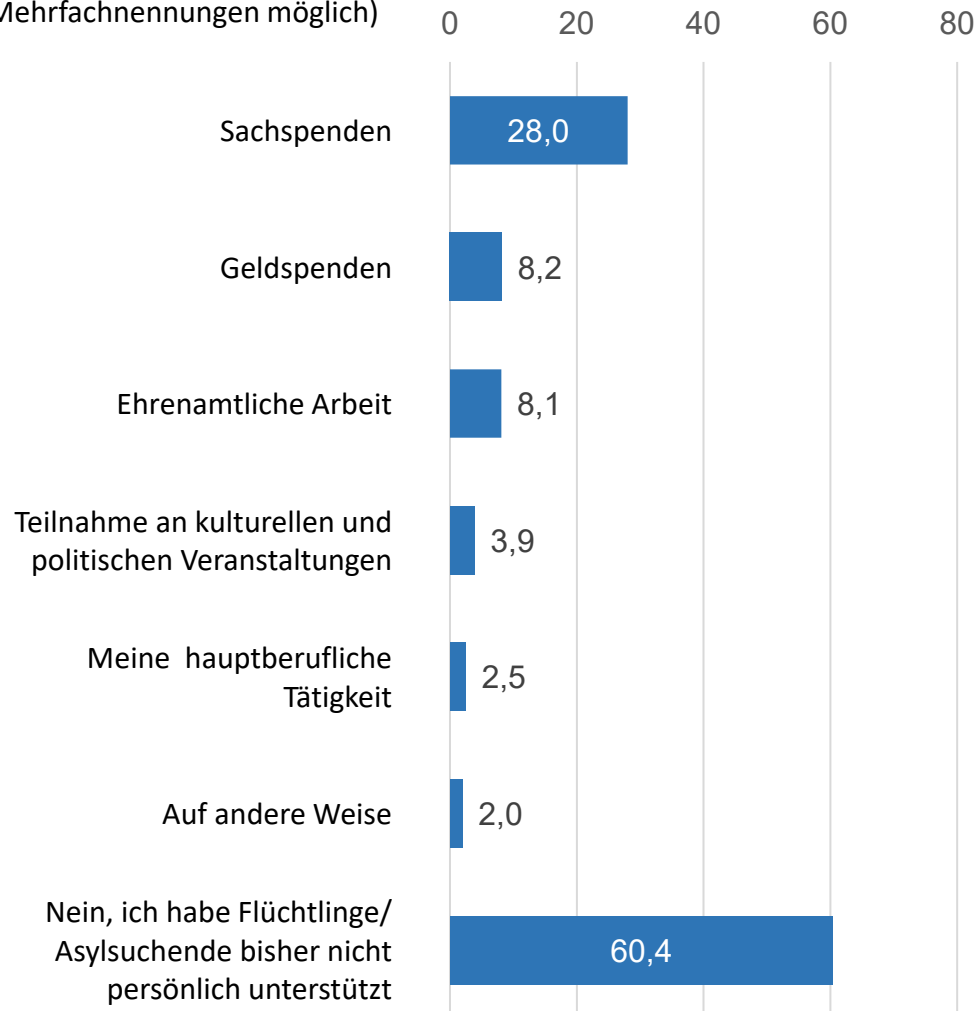
„Welche Gründe halten Sie persönlich für berechtigt, um in Deutschland aufgenommen zu werden?“
(Mehrfachnennungen möglich)



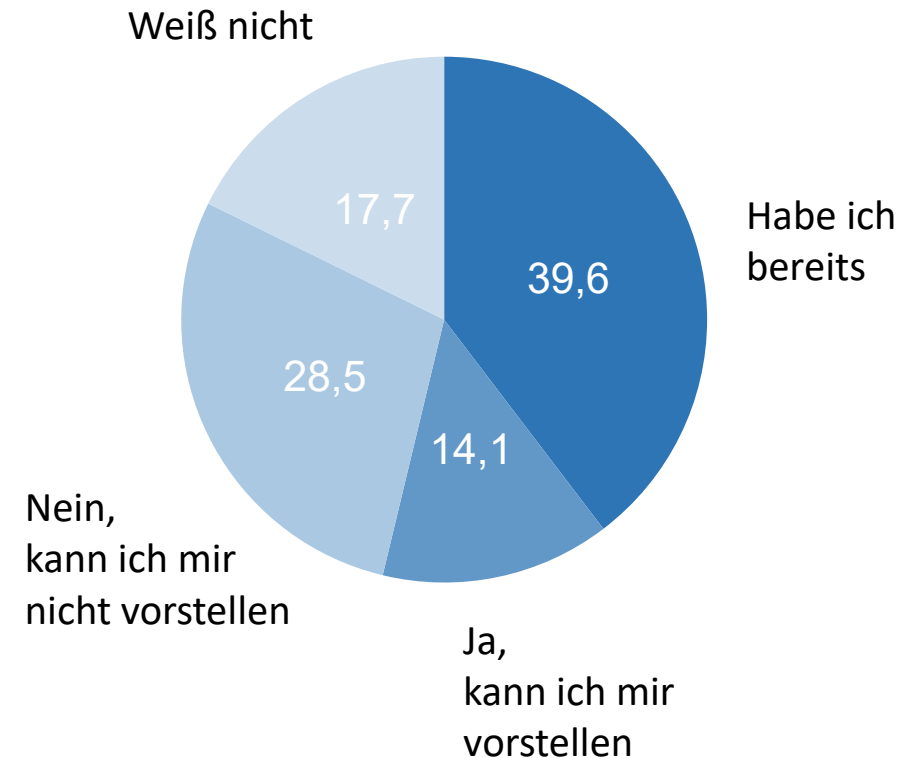
Gut die Hälfte der Bevölkerung ist hilfsbereit

„Haben Sie bereits selbst Flüchtlinge/ Asylsuchende in irgendeiner Form persönlich unterstützt?“

(Mehrfachnennungen möglich)



„Können Sie sich vorstellen, in Zukunft Flüchtlinge/ Asylsuchende persönlich zu unterstützen?“

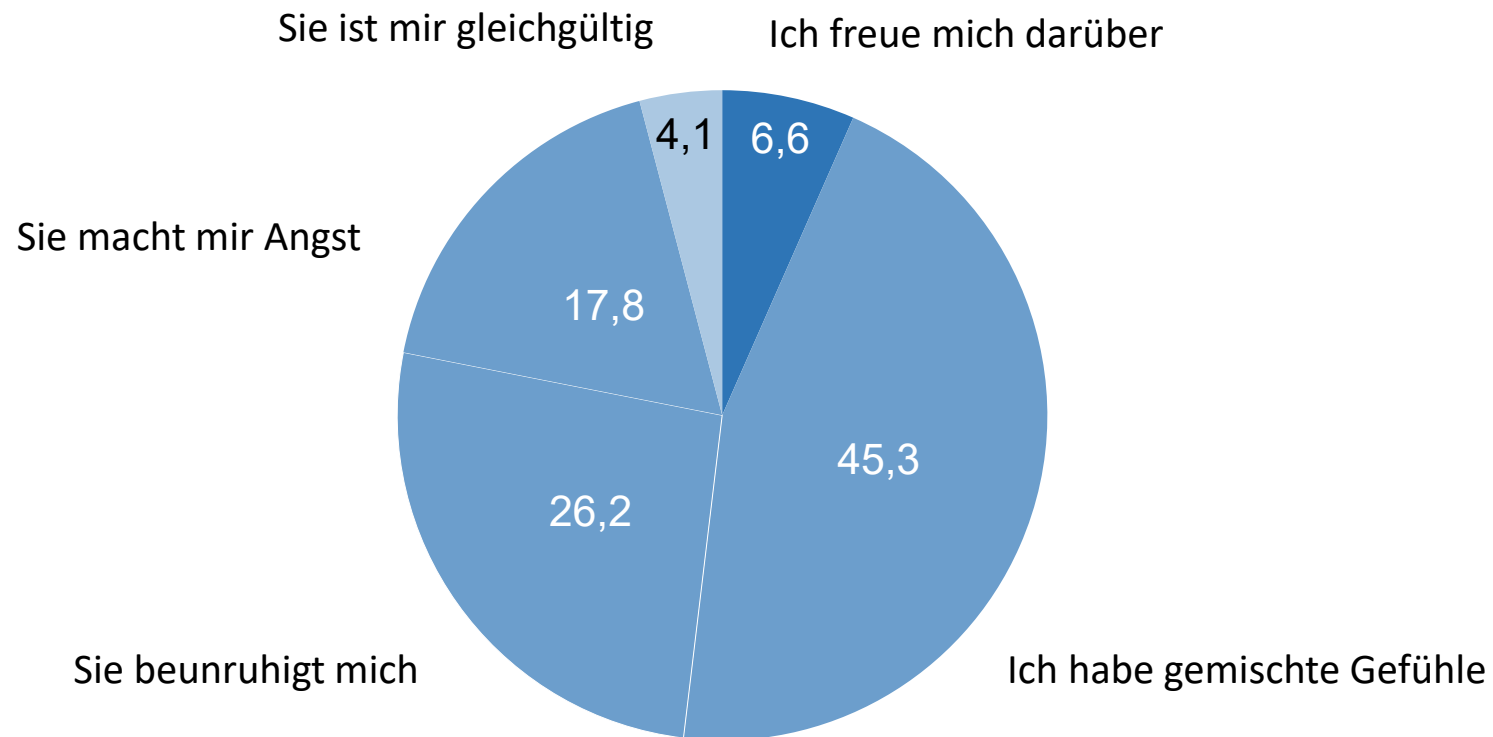


Teil 2: Ängste und Sorgen

- Im zweiten, eher psychologischen Teil der Studie ging es um die gefühlsmäßige Verarbeitung der Flüchtlingskrise. Hierbei wurde angenommen, dass neben der großen Bereitschaft, in der konkreten Not zu helfen, auch negative Gefühle wie Ängste und Sorgen unterschwellig bei den Befragten vorhanden sind. Diesbezügliche Fragen wurden im zweiten Studienteil gestellt:
 - Welche Gefühle löst die Zuwanderungswelle bei den Befragten aus?
 - Was genau macht den befragten Sorgen bzw. ängstigt sie? (z.B. Sorge um die eigene Person, um nicht gelingende Integration, das Eindringen politischer Gewalttäter und Extremisten oder gar um die abendländischen Werte)

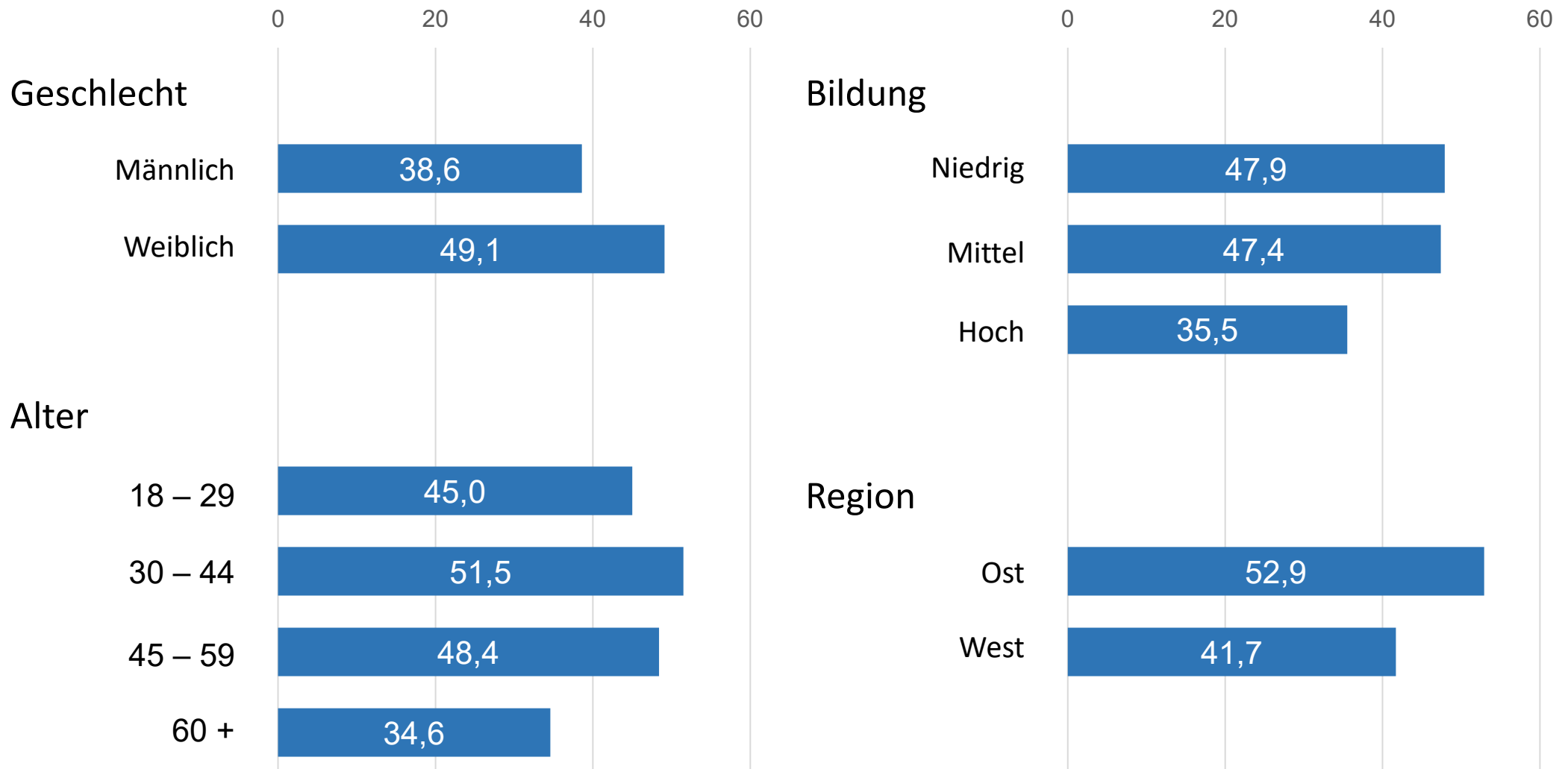
Fast 90% der Befragten haben (zumindest auch) Sorgen und Ängste

„Welche Gefühle löst bei Ihnen persönlich die jetzige Zuwanderungswelle in Deutschland aus?“

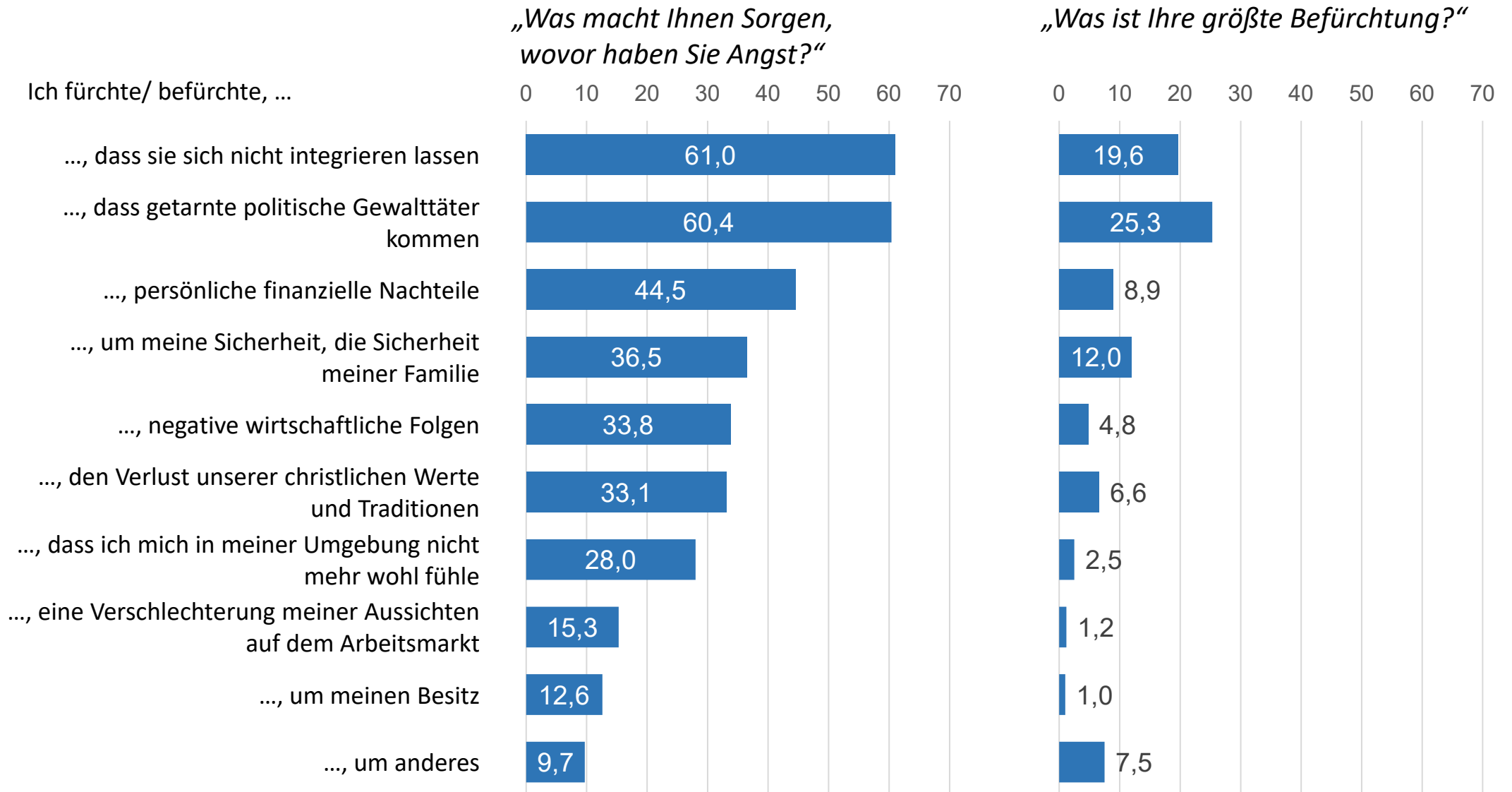


Frauen und Befragte aus dem Osten Deutschlands sind besorgter

„Welche Gefühle ruft bei Ihnen persönlich die jetzige Zuwanderungswelle in Deutschland aus?“
(Werte für Befürchtungen und Ängste)



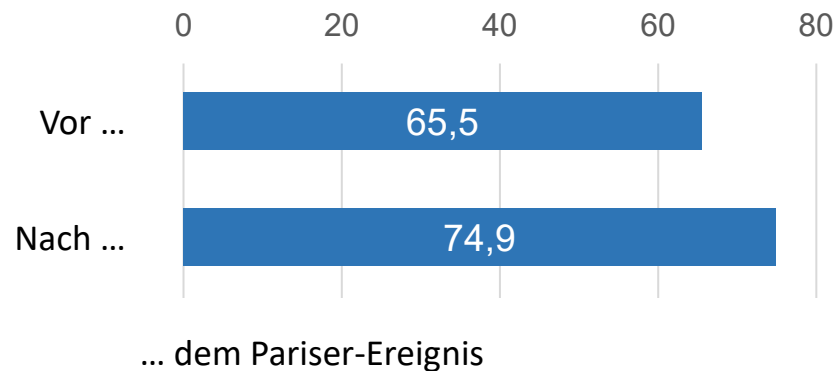
Politische Gewalttäter und Integrationsprobleme bereiten die größten Sorgen



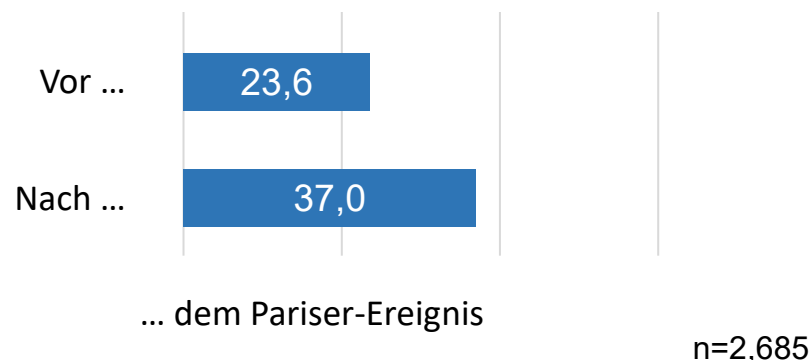
Die Auswirkungen der Terroranschläge von Paris

„Warum haben Sie gemischte Gefühle/ Angst/ sind beunruhigt? ...“

Ich befürchte, dass politische Gewalttäter getarnt als Flüchtlinge/ Asylsuchende nach Deutschland kommen.



Als größte Befürchtung:



- Während allgemein die Terroranschläge von Paris keinen großen Einfluss auf die Ergebnisse dieser Studie haben, zeigt sich bei der konkreten Angst vor der Einschleusung politischer Gewalttäter ein anderes Bild.
- Die vorher schon große Befürchtung erhöht sich weiter und überholt die Angst vor einer mangelnden Integrationsfähigkeit der Flüchtlinge.
- Werden die Teilnehmer nach ihrer größten Befürchtung bzw. Angst gefragt, dann wird dieser Effekt noch deutlicher. Insgesamt 37% der Befragten bezeichnen diese als ihre größte Befürchtung. Die zweitgrößte Angst (mangelnde Integrationsfähigkeit) folgt erst mit 15,6%.

Nur Befragte, die gemischte Gefühle/ Angst haben/ beunruhigt sind über die jetzige Zuwanderungswelle in Deutschland

Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativbefragung: n=3,006; 4.-25. November 2015

Angaben in Prozent 15

Teil 3: Flüchtlingspolitik und Wahlabsicht

- In einem abschließenden Frageblock zur politischen Einstellung wurde auf Flüchtlingspolitik und Parteienpräferenz eingegangen:
 - Welches von zwei grundsätzlichen Szenarien der Flüchtlingspolitik wird von den Befragten bevorzugt? Szenario 1 definiert einen zeitlich befristeten Schutz der Flüchtlinge mit der Perspektive einer Rückkehr. Szenario 2 geht von einer langfristigen Bleibeperspektive und Integration in Deutschland aus. Diese Frage wurde nach den Anschlägen von Paris eingeführt und nur der betreffenden Teilstichprobe vorgelegt. Die Ergebnisse sind deshalb nicht im engeren Sinne repräsentativ, sondern geben nur eine Stimmung wider.
 - Welche Partei würden die Befragten wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?
 - Für welche Befragten käme es – neben der Wahlabsicht im engeren Sinne – noch grundsätzlich in Frage, die AfD zu wählen? Damit sollte das erweiterte Potential der AfD abgeschätzt werden.

Vorübergehende Hilfe, statt langfristiger Aufnahme und Integration

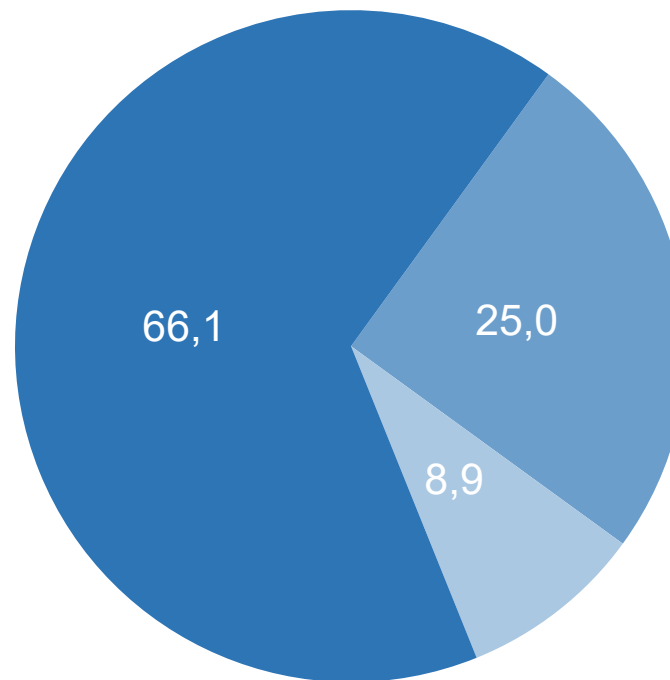
Szenarien der Flüchtlingspolitik: „Zu welcher Alternative würden Sie tendieren?“

Szenario 1:

Man sollte allen Menschen, die in echter Not sind, Zuflucht bieten.

Wenn die Bedrohung vorbei ist, sollten sie jedoch wieder in ihre Heimatländer zurückkehren.

Das schließt Familiennachzug nach Deutschland aus.



Keines von beiden

Szenario 2:

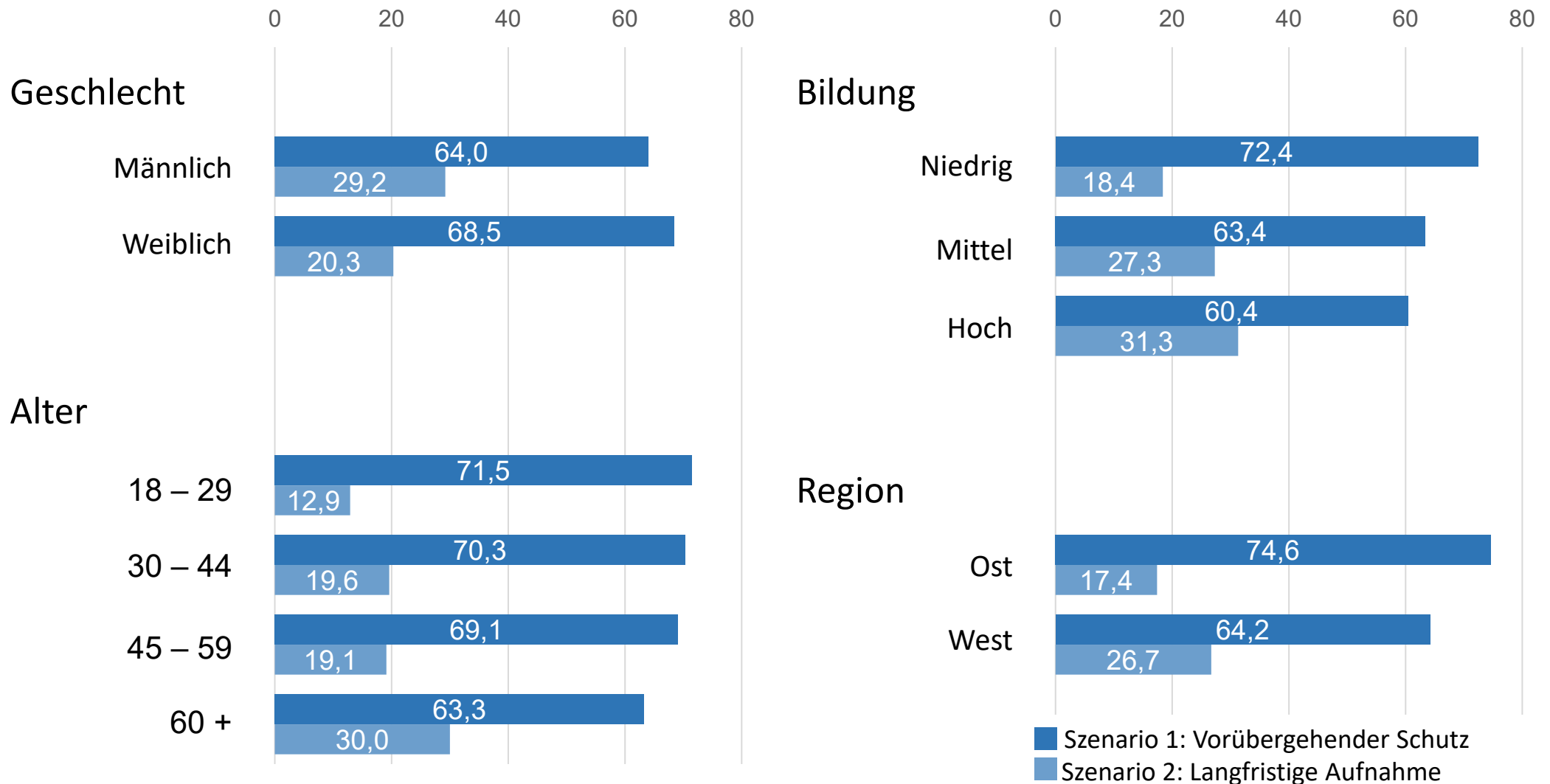
Man sollte Flüchtlingen die Möglichkeit bieten, langfristig bzw. auf Dauer bei uns zu bleiben.

Deshalb sollten sie so früh wie möglich in unsere Gesellschaft integriert werden.

Ein frühzeitiger Familiennachzug nach Deutschland erleichtert diesen Prozess.

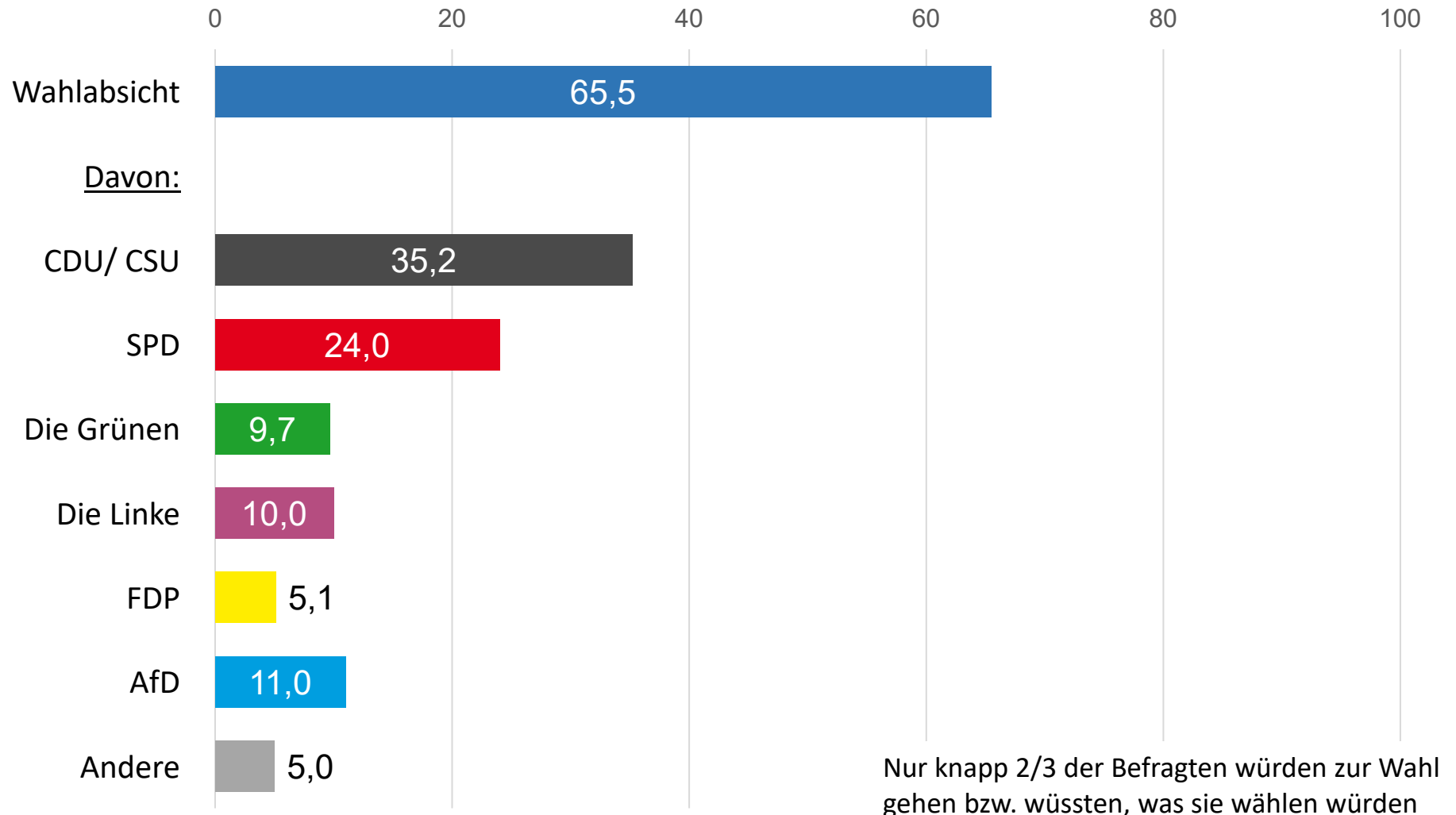
Junge, niedrig gebildete und im Osten ansässige Personen sprechen sich eher gegen eine langfristige Aufnahme von Flüchtlingen aus

Szenarien der Flüchtlingspolitik: „Zu welcher Alternative würden Sie tendieren?“



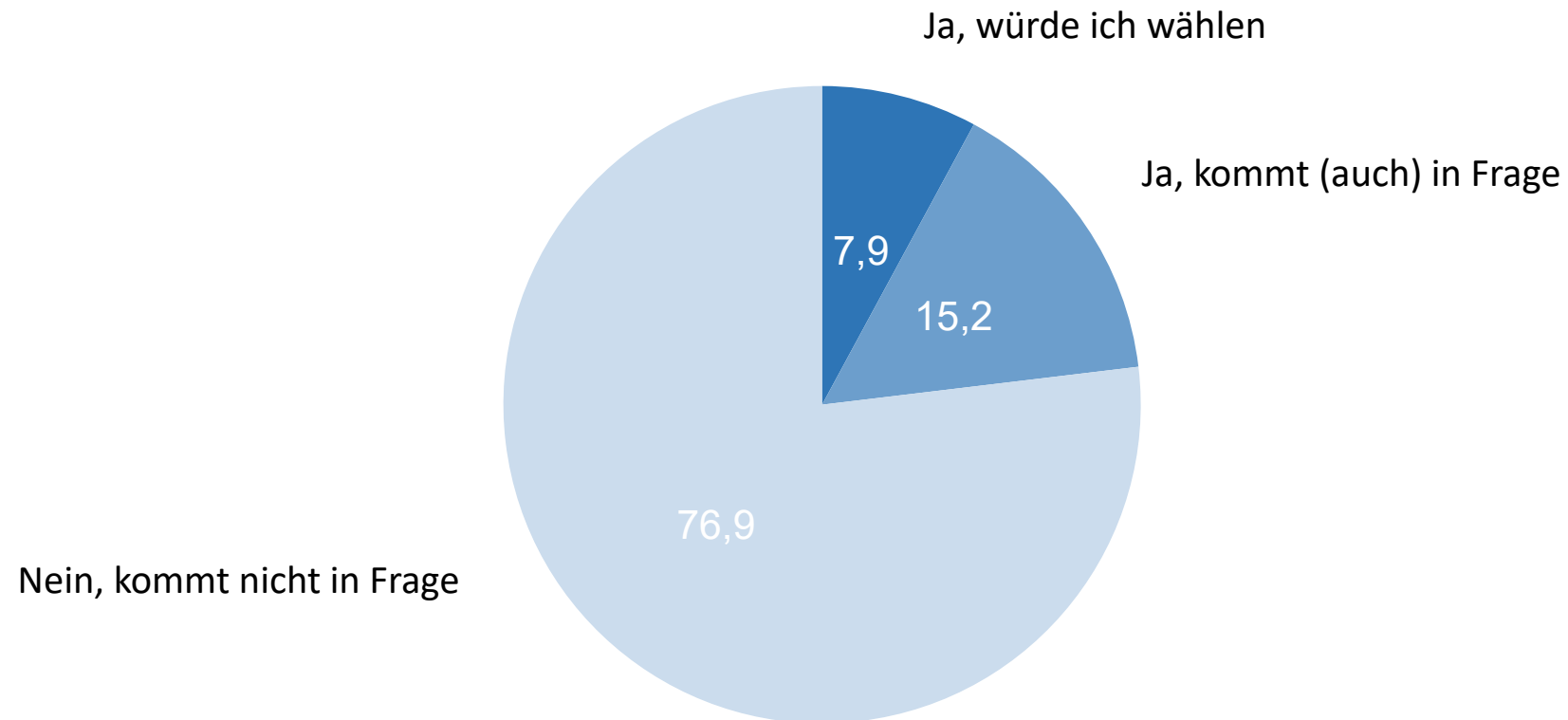
Deutliche Verluste für CDU/CSU, Gewinne für AfD und Linke

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“



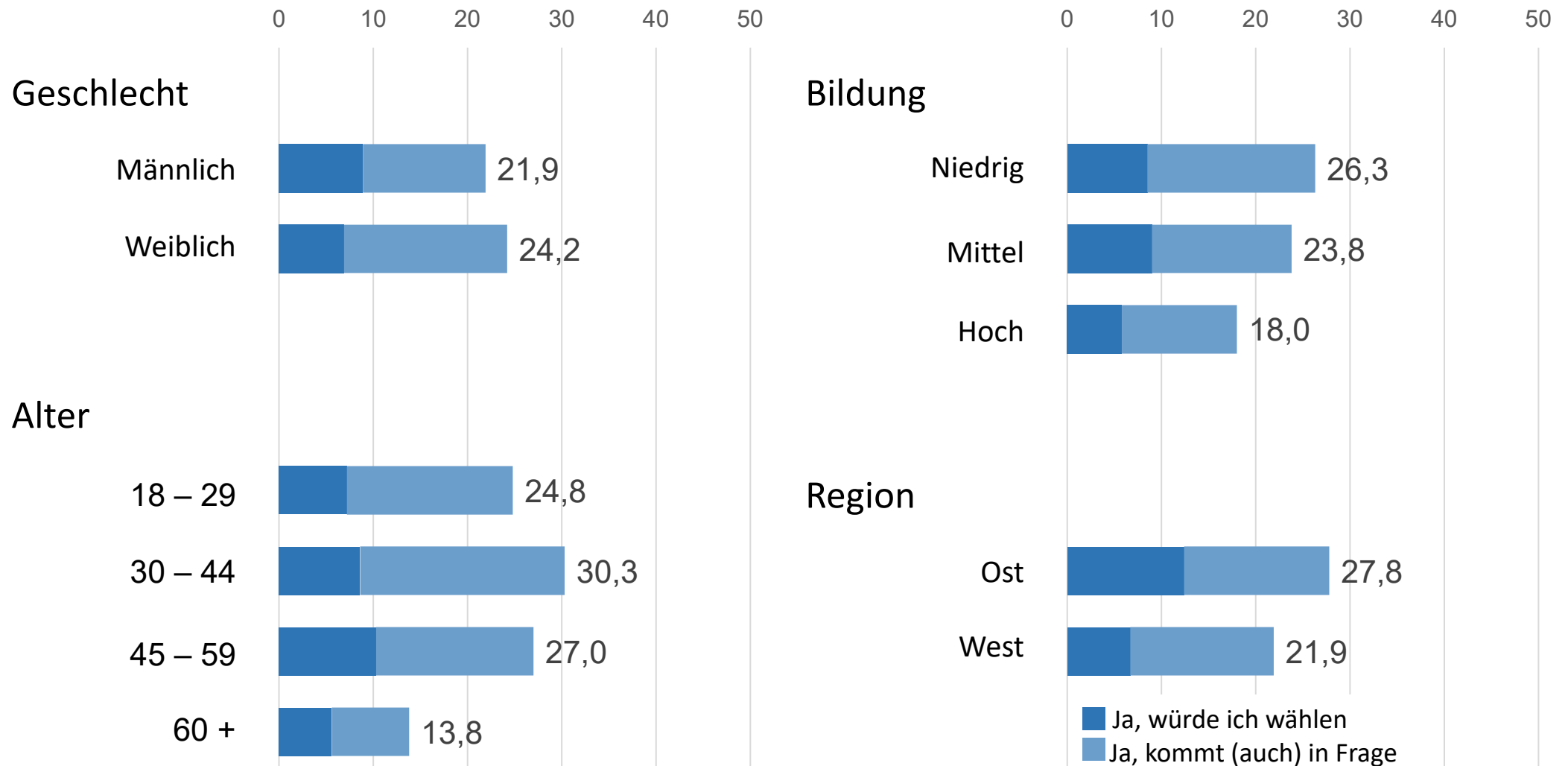
Das Gesamtpotential der AfD liegt bei über 23% der Befragten

„Kommt es für Sie grundsätzlich in Frage, die AfD (Alternative für Deutschland) zu wählen?“



Das größte Potential hat die AfD im Osten und bei niedrig Gebildeten

„Kommt es für Sie grundsätzlich in Frage, die AfD (Alternative für Deutschland) zu wählen?“



Diese Antworten beziehen sich auf ALLE Befragte, unabhängig von ihrer Absicht, wählen zu gehen oder nicht

Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativbefragung: n=3,006; 4.-25. November 2015

Angaben in Prozent 21

Weitere Ergebnisse der Studie in Kurzfassung

- Die **Religionszugehörigkeit** spielt ebenfalls keine bedeutsame Rolle bei der Beurteilung der Flüchtlingsproblematik. Lediglich Personen, die sich dem Islam zugehörig fühlen, sprechen sich häufiger für die Aufnahme von mehr Flüchtlingen aus. Sie freuen sich eher über die Zuwanderung und sehen weniger Probleme bei der Integration. Diese Gruppe ist in der vorliegenden Studie jedoch nur schwach repräsentiert (1,1% der Befragten), so dass valide Aussagen hier nicht möglich sind.
- Personen mit **Migrationshintergrund** (vertreten in der Studie mit ca. 10%) stehen der Aufnahme von Flüchtlingen geringfügig positiver gegenüber als die Vergleichsgruppe. Sie sind auch eher Merkels Ansicht, dass man es schaffen wird. Generell werden auch weniger Sorgen und Ängste geäußert (z.B. befürchtet man deutlich weniger das Scheitern der Integration). Allerdings werden die Flüchtlinge häufiger als direkte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt angesehen.
- **Ländliche und städtische Bevölkerung** unterschieden sich hauptsächlich in der Bereitschaft mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Am größten ist diese in den Großstädten, am kleinsten im ländlichen Raum. Auch die Arbeit der Bundeskanzlerin wird auf dem Land am kritischsten bewertet.

Fazit

- Diese Studie bestätigt den Trend der letzten Wochen und Monate, dass die Zustimmung zur liberalen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin in der Bevölkerung sinkt. Weiter machen wie bisher, will nur noch eine Minderheit. Fast zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, man solle in Zukunft weniger Flüchtlinge aufnehmen als bisher.
- Ebenso viele sehen die Gesellschaft angesichts der Flüchtlingszahlen überfordert. Sie sind der Ansicht, dass dieser Kraftakt nicht zu schaffen sei („Wir schaffen das *nicht!*“).
- Die Arbeit der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingsfrage wird erstaunlich kritisch beurteilt. Selbst aus den Reihen der CDU/CSU häufen sich schlechte Noten.
- In Zusammenhang damit verliert auch die CDU als Partei deutlich an Zustimmung. Die AfD profitiert davon. Sie wird salonfähig und erscheint einem Viertel der Wahlberechtigten als wählbar.
- Insgesamt kann eine große Verunsicherung in der Bevölkerung beobachtet werden. Fast 90% der Befragten sind beunruhigt, haben Angst oder doch zumindest gemischte Gefühle. Man fürchtet v.a. die Einschleusung politischer Gewalttäter und Misslingen der Integration in die deutsche Gesellschaft.
- Grundsätzlich wünscht sich eine deutliche Mehrheit eher eine kurzfristige Hilfe und spätere Rückkehr als eine langfristige Aufnahme mit umfassender Integration. Die Hilfsbereitschaft ist aber insgesamt groß. Mehr als die Hälfte der Befragten haben sich schon persönlich für Flüchtlinge engagiert oder könnten sich ein solches Engagement vorstellen.
- Die Anschläge von Paris haben nichts Grundsätzliches an den skizzierten Sachverhalten geändert. Lediglich die Angst vor der Infiltration durch politische Gewalttäter ist weiter gestiegen.

sociotrend GmbH
Gesellschaft für Sozialforschung,
Methodenentwicklung und Statistik

Panoramastraße 89
D-69126 Heidelberg
Deutschland

HRB 337220 Mannheim
Geschäftsführer: Dr. Marco Lalli

Büro Mannheim:

Telefon: +49 (0) 621-44 58 30 90

Fax: +49 (0) 621-44 58 30 83

Email: marco.lalli@sociotrend.com

Web: <http://www.sociotrend.com>